

VertraulichAbschrift.722.4.Ho.o.III/EH  
ad VR

3. November 1944.

Herr Minister,

Ich beehre mich, den Empfang Ihrer Schreiben vom 20. und 24. Oktober und der Notiz des Chefs der Polizeiabteilung des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements über den am 21. August in Basel eingetroffenen Transport ungarischer Juden und die noch im Lager von Bergen-Belsen zurückgebliebenen dreizehnhundert Ungaren anzuzeigen.

Bei meiner gestrigen Vorsprache beim Staatssekretär im Auswärtigen Amt habe ich diese Angelegenheit zur Sprache gebracht und die schweizerische Bereitwilligkeit erklärt, die noch im erwähnten Lager zurückgebliebenen ungarischen Juden in der Schweiz aufzunehmen. In zweiter Linie verwies ich darauf, dass die Schweiz aus humanitären Gesichtspunkten genügt wäre, bei der Verpflegung und Bekleidung dieser unglücklichen Internierten mitzuwirken. Ich legte den schweizerischen Standpunkt eindringlich und energisch dar. Die Aufzeichnung, von welcher ich Ihnen einen Durchschlag übermittle, übergab ich bei dieser Gelegenheit.

Der Staatssekretär stand dieser Sache sehr reserviert gegenüber und äusserte sich eher skeptisch über den Erfolg meines Schrittes. Seine Skepsis ist wohl damit zu begründen, dass in den früheren Monaten das deutsche Entgegenkommen gegen ungarische Juden politisch wegen der gebotenen Rücksichtnahme auf den Reichsverweser Horthy bedingt war. Diese Rücksicht falle nun weg.

Die Einstellung des Staatssekretärs erklärt sich auch daraus, dass das Auswärtige Amt im Prinzip wenig Möglichkeiten hat, auf die SS, welcher die Durchführung der Judenmassnahmen untersteht, einzuwirken. Es hat nur in den



wenigen Fällen ein Mitspracherecht, in welchen es gewichtige aussenpolitische Interessen geltend machen kann. Aus verschiedenen Quellen verlautet aber, dass die in Bergen-Belsen sitzenden Juden bereits ihrerseits direkt bei der Geheimen Staatspolizei alles vorkehrten, um eine Sonderbehandlung und ihre Ausreise aus dem Reich zu erhalten. Es ist nun nicht ausgeschlossen, dass meine Intervention den Anstoss gibt, dass die Staatspolizei auch die restlichen Juden abschiebt.

Ich behalte mir weitere Nachrichten vor und versichere Sie, Herr Minister, meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Der Schweizerische Gesandte in Deutschland:  
gez. Frölicher.

1 Beilage